

Platzabbek

Nr. 2, 15. April 2024

Die Linke
Fraktion im Kölner Rat



Die Linke – Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de
www.linksfraktion-koeln.de

Wie weiter im Mülheimer Süden?

Das ehemalige rechtsrheinische Industriegebiet Otto-und-Langen-Quartier in Mülheim muss zu einem anderen Nutzungszweck transformiert werden. Die Linke hält es für absolut notwendig, dass dieses Gebiet öffentlich entwickelt, und nicht einem privaten Investor überlassen wird.

Das Otto-und-Langen-Quartier ist im Besitz der landeseigenen „NRW urban“. Sie wurde einst gegründet, um Städte zu unterstützen, die mit der Entwicklung von brachgefallenen Industriearealen überfordert waren. Es wäre ein Hohn, wenn das Land nun an den Investor mit dem meisten Geld verkaufen würde. Das wäre im Falle des Otto-und-Langen-Quartier politisch nicht zu verantworten. Denn es könnte zu einer Fehlentwicklung in der Stadtentwicklung führen.

Das circa fünf Hektar große Grundstück liegt hinter der ehemaligen Hauptverwaltung der KHD. Die Hauptverwaltung ist seit 2021 im Besitz der Stadt Köln und soll bald wieder von Raum 13 bespielt werden. Seinerzeit hat die Stadt den Gebäuderiegel im Zuge des Verkaufrechtes erworben.

Das Gebiet bietet die Möglichkeit einer alternativen Stadtentwicklung von unten. Das ist an dieser Stelle besonders wichtig. Ringsum wird fast ausschließlich nach ökonomischen Prinzipien gehandelt. Das bedeutet Spekulation, und seit der Zinswende auch Stillstand und Firmenpleiten. Das Otto-und-Langen-Quartier könnte also zu einem Gegenpol in einer monostrukturellen Umgebung werden.

Griff in die Mottenkiste gegen Geflüchtete

Die FDP hat zur letzten Ratssitzung einen Antrag gestellt, jetzt alles für eine schnelle Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete vorzubereiten. Schließlich zog sie ihren Antrag zugunsten eines Änderungsantrags der CDU zurück, der sich kaum von ihrem unterschied. Fast denselben Antrag hatte eine Ratssitzung zuvor die AfD gestellt.

Die Linke lehnt die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ab. Der seit neuestem aufgekommene Vorwurf, Geflüchtete würden nennenswerte Geldbeiträge nach Hause schicken, hält bei näherer Betrachtung nicht stand.

Ein alleinstehender Geflüchteter bekommt im Monat 460 Euro ausbezahlt. Ein Alleinstehender im Bürgergeldbezug bekommt dagegen 563 Euro. Wenn 563 Euro das Existenzminimum abdecken soll, wie viel

Geld soll man dann von den 460 Euro noch sparen und nach Hause schicken?

460 Euro ist der Satz für Geflüchtete, die sich selbst mit Essen versorgen müssen. Jeder, der in letzter Zeit mal Lebensmittel einkaufen war, weiß selbst wie absurd die Vorstellung ist, davon noch Geld nach Hause zu schicken.

Die Diskussion diskriminiert Geflüchtete, die danach nur mehr in Läden einkaufen können, die diese Karte akzeptieren. Erfahrungsgemäß scheuen kleinere Läden eher den Aufwand, den eine gesonderte Abrechnung mit sich bringt. Es sind aber oft kleine Läden, die Lebensmittel aus den Herkunftsländern der Geflüchteten verkaufen und somit ein Stück Heimat in der Fremde bieten.

Eine Bezahlkarte ist kein Ersatz für ein Bankkonto. In Köln haben zu



Aktion der Mitarbeitenden der Ratsfraktionen von Die Linke, SPD und Volt am 21. März vor dem Rathaus. Siehe auch Seite 8 und 9.



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

Frauennachttaxis bald auch in Köln?

München hat als erste Millionenstadt in Deutschland Gutscheine für Frauennachttaxis eingeführt. Flintas (das schließt Frauen, trans*Frauen und non-binäre Frauen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ ein) können dort Gutscheine über 10 Euro erhalten, die zur Bezahlung einer Taxifahrt zwischen 22 und 6 Uhr eingesetzt werden. Die Taxifahrt muss an einer Wohnadresse enden.

Auch andere Städte haben ein Angebot für ein Frauen-Nachttaxi, z. B. Stuttgart, Hannover, Heidelberg oder Freiburg im Breisgau. Es trägt der Tatsache Rechnung, dass Frauen nachts ein weit größeres Unsicherheitsgefühl haben als Männer. Dabei ist es egal, wie hoch die statistische Gefahr für einen Übergriff ist. Das führt oftmals dazu, dass Frauen nachts Wege vermeiden und auf Aktivitäten verzichten. Das trifft in erhöhtem Maß auf arme Frauen zu.

Der Arbeitskreis Frauen der Fraktion Die Linke hatte beschlossen, einen Prüfantrag zu dem Thema zu stellen und dazu alle anderen

demokratischen Kräfte im Gleichstellungsausschuss miteinzuladen, Mit Antragstellerinnen zu sein. Doch unsere Genossinnen aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden machten uns auf eine Vorlage aufmerksam. Eine Kölnerin hatte eine Mail an den Ausschuss geschrieben, in der sie fragte, was sie denn tun muss, um ein Nachttaxi für Köln in die Wege zu leiten.

Daraufhin hat der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden einen einstimmigen Beschluss gefasst. Die Verwaltung soll nun prüfen, wie eine Probephase für ein Frauennachttaxi, orientiert am Münchener Modell, eingerichtet werden kann. Wenn der Entwurf und die Kostenschätzung vorliegt, muss dann nochmal darüber entschieden werden. Ob das Frauennachttaxi allerdings in naher Zukunft auch kommt, ist mehr als fraglich. Die Kämmerin hat die haushaltstragenden Fraktionen zum Sparen aufgefordert.

Güldane Tokyürek, Sarah Niknamtavin, Hannelore Hildebrand, Uschi Röhrig

Zusammen sind wir stark!

Anlässlich des Internationalen Frauentages waren Frauenorganisationen ins Rathaus geladen. Auf dem Markt der Möglichkeiten wird netzwerken groß geschrieben.

Es gibt zwischen den Geschlechtern immer noch keine faire Verteilung von Einkommen und Carearbeit, Macht und Einfluss, sozialer Sicherheit und Schutz vor Gewalt. Wir kämpfen, damit sich das ändert.

Unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Sarah Niknamtavin (Mitte), unsere Fraktionssprecherin Güldane Tokyürek (rechts daneben) und unsere Sachkundige Einwohnerin im Gleichstellungsausschuss Sonja Waszerka (vorne) wurden von unserem Ratsmitglied Jörg Detjen, der Fraktionsvorsitzenden der Linken in der Landschaftsversammlung Rheinland Ulrike Detjen und unserem Kreispartei-sprecher Marius Vogel besucht.



→ Bezahlkarte ...

gewiesene Geflüchtete in der Regel bereits ein Konto bei der Sparkasse. Lediglich die Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes haben noch kein Konto.

Die Bezahlkarte ist ein Griff in die Mottenkiste der Stimmungsmache gegen Geflüchtete. Sie stellt Geflüchtete unter Generalverdacht. Dahinter steht dieselbe Argumentation wie bei den Lebensmittelgutscheinen, die auch schon mal eingeführt wurden. Sie haben sich schließlich als so unpraktikabel erwiesen, dass sie wieder abgeschafft wurden.

Was aber verfängt, ist die Erzählung, Geflüchtete missbrauchen massenhaft unser System. Das entbehrt jeglicher Grundlage. Wer diese falsche Erzählung in die Welt setzt, spielt den Hasspredigern der AfD in die Hände.

Für diesen Antrag stimmten neben der FDP nur noch die CDU und die AfD. So bekam er zum Glück keine Mehrheit.

Güldane Tokyürek

→ Mülheimer Süden - Otto-Langen-Quartier

Die Voraussetzungen sind gegeben: Das Areal ist im öffentlichen Besitz. Es gibt Menschen vor Ort, die sich mit der Historie der Industrialisierung auskennen, vor. Es gilt, diese Akteure in die Entwicklung einzubeziehen.

Das landeseigene Grundstück muss im Zusammenhang mit dem städtischen Besitz gesehen werden. Eine separate Entwicklung des gefangenen Grundstücksteils scheint nicht möglich. Einige der dort befindlichen Gebäude stehen unter Denkmalschutz.

Der Kölner Rat will das Gelände vom Land kaufen. Doch das Land stellt sich stur. Die Landesregierung will das Areal lieber möglichst teuer an einen Privaten verkaufen. Die Stadt fordert aber zurecht die Direktvergabe an die Kommune. Das ist auch möglich, weil sich mit dem Haushaltsgesetz 2024 des Landes NRW eine Änderung ergeben hat: Das Land kann direkt an die Stadt vergeben, wenn eine bestimmte Nutzung des Areals zugesichert

wird. Diese besteht in 100 % gefördertem Wohnungsbau und/oder kommunalen Zwecken.

Die Stadt muss nun nachweisen, dass sie in der Lage ist, das Areal nach den geforderten Bedingungen zu entwickeln. Der Bedarf an geförderten Wohnungen ist enorm. Die Realisierung ist also möglich. Auch die Nutzung für kommunale Zwecke ist möglich. Sehr viele sinnvolle Dinge können unter dem Begriff kommunaler Zweck subsumiert werden, z. B. aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Naherholung und Wirtschaftsförderung. In all diesen Angelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge gibt es Defizite in Köln. Der Nachweis, auf dem Areal notwendige kommunale Zwecke verwirklichen zu können, sollte machbar sein.

Politik und Verwaltung müssen nun rasch ein schlüssiges Konzept beim Land vorlegen. Dann kommt das Land nicht um die Direktvergabe herum.

Michael Weisenstein

„Gegen eine einschränkende und diskriminierende Bezahlkarte“

Interview mit dem Geschäftsführer vom Kölner Flüchtlingsrat, Claus-Ulrich Pröbß

Platzjabbeck: Ist denn damit zu rechnen, dass in Köln die Bezahlkarte eingeführt wird?

Claus-Ulrich Pröbß: Es gibt jetzt schon ganz verschiedene Bezahlkarten. In Hannover gibt es eine Karte, die heißt SocialCard. Die hat keinerlei Einschränkungen und ist auch diskriminierungsfrei. Man kann das Geld, was sich auf dieser Karte befindet, komplett abheben. Dann gibt es in Hamburg eine Bezahlkarte. Damit kann eine erwachsene Person nur 50 Euro in bar abheben, also nur ein Viertel von dem, was laut Bundesverfassungsgericht in bar zur Verfügung stehen muss, nämlich 204 Euro. Das ist also eigentlich verfassungswidrig. Wir haben in Greiz eine Bezahlkarte und jetzt ab dem 1.4. in bestimmten sächsischen Landkreisen, die auch sehr einschränkend ist. Also wir haben bereits jetzt schon einen Flickenteppich.

Platzjabbeck: Also auch Leute, die schon ein Basiskonto haben, kriegen dann trotzdem ihr Geld auf diese Bezahlkarte, oder?

Claus-Ulrich Pröbß: Na ja, also das ist eine Möglichkeit und da sieht man mal, dass das Ganze eigentlich ein Quatsch ist, denn Leute mit Basiskonto brauchen keine Bezahlkarte. Das Sozialamt überweist den Regelsatz auf das Konto und gut ist. Das zeigt eben auch, dass die Bezahlkarte von Anfang an betrachtet wird als Instrument, um Leistungen einzuschränken. Die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder haben ja ein Modell erarbeitet mit Mindeststandards. Und da steht eben ganz klar drin, dass eine Bargeldabhebung nur erstens im Inland erfolgen darf, aber eben nur über einen vorher definierten Betrag. Überweisungen sind nicht möglich, weder im In- und Ausland, dass es keine Möglichkeit gibt, online Käufe auszuschließen oder über Money Transfer Services Geld ins Ausland zu schicken.

Platzjabbeck: Die Argumente der Bezahlkarten-Befürworter sind ja,

dass es dann nicht mehr so attraktiv ist, nach Deutschland zu kommen. Das zweite: Die überweisen ihr Geld ins Ausland, anstatt davon zu leben. Die bezahlen davon ihre Schlepper und tätigen irgendwelche komischen Einkäufe, Alkohol und Drogen.

Claus-Ulrich Pröbß: Vor allem Drogen. Die Argumente führen vollkommen ins Leere. Schlepper zahlt man vorher...

Platzjabbeck: Und in anderen Dimensionen als das, was hier aufgerufen ist.

Claus-Ulrich Pröbß: Und dass das Geld überwiesen wird in die Herkunftsländer, ist auch ein Fake. Es gibt dazu Aussagen von Wissenschaftlern, die sagen, dass man dann Geld ins Ausland, also zu den Familien schickt, wenn man selbst erwerbstätig wird. Es ist einfach lebensfremd zu glauben, dass die Leute die 204 Euro Barbetrag nach Hause schicken und selbst haben sie dann gar nichts mehr.

Platzjabbeck: Gut, und wie verhält sich der Flüchtlingsrat dazu?

Claus-Ulrich Pröbß: Der Flüchtlingsrat hat sich schon vor längerer Zeit gegen eine einschränkende und diskriminierende Bezahlkarte ausgesprochen. Und wir sind gerade dabei, die Kölner Kampagne gegen die Bezahlkarte zu initiieren, mit anderen Trägern und Gruppen zusammen. Wir werden hier in Köln öffentlichkeitswirksam Umtauschaktionen durchführen. Wir werden den Leuten die Bezahlkarten abkaufen und ihnen dafür das Geld dieser Karte in bar auszahlen. Das ist eine Aktion, die wir auch schon vor 30 Jahren gemacht haben, als es hier im Umkreis Wertgutscheine gab. Und wir werden die Anwaltskosten für Gerichtsverfahren gegen die Bezahlkarte tragen, mit dem Ziel, dass das Bundesverfassungsgericht sich irgendwann damit befasst. Wie gesagt, vorausgesetzt die Bezahlkarte ist einschränkend und diskriminierend. Das wissen wir aber erst dann, wenn sie da ist.

Der Runde Tisch für Flüchtlings-

fragen der Stadt Köln beschäftigt sich auch mit der Bezahlkarte und hat dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Neben den einschlägigen städtischen Ämtern nehmen auch Sozialverbände, der Flüchtlingsrat und Ratsvertreter daran teil, für die Linke Jörg Detjen.

Und da wird sich jetzt auch zeigen, welche Meinungen sich da herauschälen. Für uns ist es ganz klar, dass man nicht nur eine Personengruppe herausnehmen kann und sagen kann ja, die sollen die Bezahlkarte bekommen. Also Stichwort „unerlaubt eingereiste Personen“. Auf so was würden wir uns nicht einlassen, sondern wenn sie diskriminierend und einschränkend ist, muss die Bezahlkarte verhindert werden und wenn sie da ist, werden wir sie entlarven als Instrument der Abschreckung.



Claus-Ulrich Pröbß ist Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrats. Der hat im März sein 40-jähriges Bestehen gefeiert. Mit etwa 50 Mitarbeiter*innen unterstützt und berät er Geflüchtete in Köln und Umgebung.

Aus den Ausschüssen

Rechnungsprüfung

„Keine Geschäfte mit Firmen in Steueroasen!“

So lautet der Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses in seiner Sitzung am 19. März. Der Beschluss wurde mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt gefasst. Er fordert die Stadtverwaltung in fünf Punkten auf, das Thema aktiv anzugehen.

Grundlage war ein Ratsantrag der Fraktion Die Linke vom Juni 2023, der zur weiteren Bearbeitung in den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen wurde. Die Ausschussmitglieder diskutierten mehrere Monate über das komplexe Thema. Die Linke griff viele Anregungen von Ausschussmitgliedern und aus der Verwaltung auf und legte einen modifizierten Antrag vor.

Das Thema ist brisant. Es wird auch teilweise angegangen. Das kann man daran sehen, dass das Land NRW ein Landes-Finanz-Kriminalamt aufbaut.

Der Linken geht es vor allem darum, dass das Rechnungsprüfungsamt, der Rechnungsprüfungsausschuss und die Verwaltung dieses Thema angehen. Spätestens in diesem Jahr muss die Stadt sich diesem Thema stellen, wenn die Verwaltung den Erbbaurechtsvertrag mit dem Staatenhaus erneuern und verlängern wird.

Unser Vorschlag, bei der Ausschreibung die Lage des Geschäfts-sitzes mit zu berücksichtigen, wäre ein kleiner Weg, damit die Verwaltung und der Rat nicht übers Ohr gehauen werden.

Jörg Detjen

Quelle: Drucksache 0484/2024

Schule

„111 Jahre Hölderlin Gymnasium“ setzen sich durch

Vier Jahre dauerte die konfliktreiche Diskussion zwischen Verwaltung, Ratsgremien und dem Mülheimer Hölderlin-Gymnasium über die Zukunft der Schule. Die Verwaltung plante seine Verlegung an einen rund einen Kilometer entfernten Standort. Dort wäre es von der bisherigen Lage in einem von Mit-

telschichten geprägten Milieu, direkt am Mülheimer Stadtgarten gelegen, in das Sozialraumgebiet Mülheim-Nord gerückt, nahe an die Keupstraße. Zwei Minuten zu Fuß hätte sich zudem ein weiteres Gymnasium befunden.

Diese Pläne führten zu einer enorm starken Mobilisierung der Schulgemeinde für den Verbleib am Stadtgarten. „Das Hölderlin“ sah seine Identität und seine bisherige soziale Basis bedroht. Deutlich wurde, dass gut vernetzte Eltern aus den Mittelschichten, die auf Fachleute aus Kölner Architektenkreisen zurückgreifen können, weitaus mehr in der Lage sind, langjährige Kampagnen zu führen, als etwa nicht-gymnasiale Schulen in sozial benachteiligten Veedeln.

Allerdings stießen die Pläne der Verwaltung aus guten Gründen bei allen Fraktionen im Schulausschuss auf Ablehnung: Nicht nur das (nicht mehr zu rettende) 100 Jahre alte Gebäude am Stadtgarten hätte abgerissen werden müssen. Auch am neuen Standort in der Holweider Straße 2 wollte die Verwaltung einen nicht mehr genutzten Schulbau aus den sechziger Jahren durch einen Neubau ersetzen.

Eine solche Abriss-Orgie passt jedoch nicht mehr zur auch im Rat mittlerweile verbreiteten Einsicht, dass der Gebäudesektor seinen Beitrag zur Einsparung von CO₂-Emissionen leisten muss. In einer Reihe von Fachgesprächen, zuletzt in einem Ortstermin im Gebäude an der Holweider Straße 2 wurde deutlich, dass der dort befindliche Schulbau nach Sanierung und Umbau zweifach genutzt werden kann: Zunächst zur Auslagerung des Gymnasiums während der mehrjährigen Bauzeit am Stadtgarten (ergänzt durch zusätzlich angemietete Räume am Wiener Platz), danach aber als Gebäude für eine neue, dringend benötigte Grundschule.

Zudem hat die Stadt Köln nicht nur über zwanzig Jahre zu wenig Schulraum geplant, so dass im Moment bei Grund-, Gesamtschulen und Gymnasien hektische Anstrengungen zur Schaffung von Schulplätzen dominieren. Auch verkauft das Liegenschaftsamt in dieser Zeit lie-

ber Filetgrundstücke an Investoren, anstatt solche für die öffentliche Infrastruktur zu sichern. Nun kommt es zu extrem ungünstigen Lösungen, wie z.B. der Lage von drei Gesamtschulen (!) direkt nebeneinander im Gewerbegebiet Vogelsang.

Dem Hölderlin-Gymnasium ist es erspart geblieben, durch Planungen am grünen Tisch neben ein weiteres Gymnasium versetzt zu werden. Ob die Parteien des Rates aber durchgängig auf eine gedeihliche Schulentwicklung achten oder von Fall zu Fall entscheiden, wird sich bald zeigen.

Denn die Verwaltung möchte die Gesamtschule Lindenthal, bisher auf zwei Standorte aufgeteilt, in einem Gebäude unterbringen - was sinnvoll ist. Aber ausgerechnet der die Schule prägende Standort an der Berrenrather Straße soll aufgegeben werden. Denn sechs Kilometer entfernt, in Müngersdorf, steht ein Schulgrundstück zur Verfügung. Der Nachteil: Es befindet sich nur 1000 Meter entfernt vom Gewerbegebiet Vogelsang mit seinen aktuell drei Gesamtschulen. Die Linksfraktion lehnt diese Lösung ab. Es ist zu hoffen, dass die Unruhe an der Gesamtschule Lindenthal sich bald ähnlich produktiv in der Öffentlichkeit zeigt wie im Fall des Hölderlin-Gymnasiums.

Heiner Kockerbeck



15-Jahr-Gedenken an der Einsturzstelle

Im Zuge des Baus der Nord-Süd-U-Bahn kamen am 3.3.2009 zwei Menschen im Wohnhaus Severinstraße 230 ums Leben. Das Stadtarchiv stürzte ein. Seitdem ist hier eine offene Wunde des Städtebaus. Archivkomplex und andere Initiativen haben dankenswerterweise jahrelang den Finger in diese offene Wunde mitten in der Stadt gelegt. Sie drängen zu recht darauf, dass hier ein würdiger Ort für das Gedenken und Diskussionen über die Entwicklung unserer Stadt entsteht. Der Rat entscheidet in diesem Jahr.

Heiner Kockerbeck

Schule

Anmeldung 2025 digital?

Auch 2024 waren die Anmeldungen an Grund- und Gesamtschulen sowie Gymnasien für viele Kinder und Eltern mit Enttäuschungen und Unsicherheit verbunden. Die Ursache dafür ist der Mangel an Schulplätzen, eine Folge von zu geringer Bautätigkeit der Stadt über Jahre. Große, extern vergebene Aufträge an Baukonzerne wirken bislang nur mildernd. Zusätzlichen Stress verursacht das Aufnahmeverfahren. Da jede Schule allein selbst über die Aufnahme eines Kindes entscheidet, kommt es zu einem teils chaotischen Gewusel zwischen der Stadt, die die Eltern anschreibt und das Verfahren koordinieren möchte, und den über 300 Schulen in Köln. Dies geht zu Lasten von Eltern und Kindern, die teils zu spät dringend benötigte Informationen erhalten.

Deshalb beschloss der Schulausschuss Anfang März, dass die Verwaltung im kommenden Jahr Anmeldung und Informationen über das Internet ermöglichen soll - sofern das geht. In den Vorjahren war dies immer wieder diskutiert worden, aber am Schulgesetz und an fehlenden Vorarbeiten des Landes gescheitert. Jetzt hat die Landesregierung aber ihre Hausaufgaben gemacht und seit Januar für die Anmeldung an Grund- und weiterführenden Schulen ein Online-Angebot eröffnet.

In der gleichen Sitzung unternahmen FDP und CDU zum zweiten Mal nach 2022 den Vorstoß, das vorgezogene Anmeldeverfahren an Gesamtschulen per Beschluss abzuschaffen. Dann könnten Eltern ihr Kind nicht mehr zuerst an einer Gesamtschule anmelden, um dann im Fall einer Ablehnung (der ja häufig eintritt) beim allgemeinen Beginn der Anmeldungen eine andere Schulform zu wählen.

Damit bieten die bürgerlichen Parteien sich konservativen Stimmen an, die meinen, dies sei eine ungerechte Bevorzugung der Gesamtschulen. In der Wirkung würden aber zukünftig Eltern ihr Kind oft sicherheitshalber gleich an einem Gymnasium oder einer Realschule anmelden, aus Angst an der Gesamtschule abgelehnt zu werden. Sie würden sonst nämlich mög-

licherweise erst in der zweiten Anmeldeperiode an diesen Schulen antreten, wenn die meisten Plätze schon vergeben sind.

In Wahrheit wollen FDP und CDU also entweder die Zahl der Anmeldungen an Gesamtschulen kräftig senken oder sie verstehen das Verfahren nicht. Anti-Gesamtschul-Ideologie schädigte dann den Blick auf die Wirklichkeit. In jedem Fall geht es um Klassenkampf von oben. Die Linke, SPD und Grüne stimmten, wie schon 2022, dagegen, Volt enthielt sich. Heiner Kockerbeck

Kultur

NS-Raubgut im Kölnischen Stadtmuseum

Im Kölnischen Stadtmuseum legten stichprobenartige Untersuchungen von Ende 2023 nahe, dass es sich bei einigen Beständen um NS-Raubgut handeln könnte. Das Kölner Stadtmuseum prüft nun bis Ende 2024 die Bestände systematisch hinsichtlich ihrer Herkunft. Das Forschungsinteresse an der Herkunft von Kunst- und Kulturgütern ist schon seit einigen Jahren unter dem Begriff der Provenienzforschung Gegenstand kulturpolitischer Debatten. Auch in kulturhistorischen Forschungsfeldern kommt man um Provenienzforschung glücklicherweise nicht mehr herum. Die Erkenntnisse aus Untersuchungen von Museums-, Bibliotheks- und Archivbeständen belegen zur Genüge, dass jede Menge NS-Raubgut im Umlauf ist. Seit langem wird über den Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern in öffentlichen Einrichtungen diskutiert.

In der vergangenen Sitzung des Kulturausschusses am 12. März lobte die Verwaltung einen „kostenneutralen Projektstart durch erfolgreiches Fundraising“. Finanziert wird das Projekt sowohl aus Landesmitteln (19.550 Euro) als auch aus Zuschüssen der „Freunde des Kölnischen Stadtmuseums“ (3.900 Euro). Die Bestände städtischer Einrichtungen auf Raubgüter hin zu überprüfen und angemessene Konsequenzen zu ziehen, liegt jedoch auch in der Verantwortung der Stadt und sollte deswegen auch finanziell aus städtischen Haushaltsmitteln vorangetrieben werden. Es handelt sich hierbei schließlich nicht nur um die

Aufarbeitung der Vergangenheit oder um Wiedergutmachungsversuche begangenen Unrechts, sondern auch um das Aufdecken asymmetrischer Machtbeziehungen in unserer Gegenwart.

Knut Lennart Scholz

Stadtentwicklung

Mehrheit völlig unkritisch gegenüber Hochhäusern

Gegen Die Linke hat der Stadtentwicklungsausschuss das Höhenentwicklungskonzept für die Innere Stadt beschlossen. Damit ist der Weg für weitere Hochhäuser in Köln frei.

Einzig Die Linke hat mit einem Änderungsantrag zum Höhenentwicklungskonzept für die Innere Stadt eine kritische Haltung gegenüber Investoreninteressen gezeigt. Die Linksfraktion bewertet Hochhäuser grundsätzlich kritisch.

Je höher das Hochhaus, desto teurer und klimaschädlicher ist es. Deswegen lehnt Die Linke Hochhäuser über 60 Meter generell ab.

In Zeiten des Klimawandels verwundert die unkritische Haltung der Verwaltung und großer Teile der Kommunalpolitik gegenüber neuen Hochhäusern. Vor allem solche mit über 60 Metern haben einen unverantwortlich großen ökologischen Fußabdruck. Sie schaffen keine dichte Bebauung, denn die einzuhaltenden Abstände sind viel größer als bei einer sechs oder siebengeschossigen Bebauung.

Der Bau von Hochhäusern ist unverhältnismäßig teuer. In Hochhäusern lassen sich keine preiswerten Mietwohnungen schaffen.

Auch bei Hochhäusern bis zu 60 Metern gilt: Jedes Hochhaus muss einen Mehrwert für die Stadt und deren Bewohner*innen bringen. Ein Nutzen für die Öffentlichkeit und für das Gemeinwohl muss erkennbar sein. All das hat die Kölner Kommunalpolitik in den Wind geschlagen.

Die aktuellen Hochhausvorhaben der DEVK in Riehl und Flosbach von Storch an der Deutz-Mülheimer-Straße werden ausschließlich wegen Interessen der Investoren gebaut. Es ist nicht zu erkennen, dass diese Bauten für Köln und seine Einwohner*innen einen Mehrwert bringen.

Michael Weisenstein

Aus den Bezirken

Chorweiler

Angriff der AfD auf den Bezirksbürgermeister

Im Bezirk Chorweiler gibt es Stadtteile, die erst wenige Jahrzehnte alt sind. Es gibt aber auch alte Dörfer, die schon deutlich älter als 1000 Jahre sind. Und in diesen Dörfern wird auch Karneval gefeiert, mit eigenen Dreigestirnen, Kinderdreigestirn, Prinzen und Prinzessinnen. Und Jahr für Jahr werden diese Tolitäten vom City Center zu einem Prinzenempfang eingeladen. Dieses Jahr am 2. Februar.

Auch andere Karnevalisten treten dabei auf. Durch das Programm sollten die Center-Managerin Christine Matlage und der Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner führen. Leider musste Frau Matlage krankheitsbedingt absagen und damit blieb die Leitung der Veranstaltung allein bei Herrn Zöllner hängen. Der musste ständig im Blick haben, welche Prinzen und Künstler schon da sind, Ansagen machen und Orden verteilen.

Am 5.2. titelte der Kölner Stadt-Anzeiger „Bezirksbürgermeister hängt sich AfD-Orden um“. Fake-News!

Die AfD-Mitglieder in der Bezirksvertretung Matthias Büschges und Philipp Busch baten den Bezirksbürgermeister darum, sich persönlich bei ihm bedanken und verabschieden zu können. Der Bürgermeister im Stress ließ sich darauf ein. Die beiden hängten ihm den Orden um, machten ein Selfie und stellten es ins Netz. Für mich ist das eine Täglichkeit. Hier wurde eine Stresssituation ausgenutzt, um einen politischen Rufmord zu begehen.

Gleichzeitig sollte ein Keil zwischen die demokratischen Kräfte getrieben werden.

Ich habe das zum Anlass genommen, die anderen demokratischen Kräfte zu einem Gespräch einzuladen und wir waren uns am Ende einig: die wahren Täter stehen rechts, Herr Zöllner ist ein aufrechter Gegner der AfD, kein Sympathisant.

Die AfD setzt damit ihre Strategie fort, den demokratischen Prozess zu sabotieren. Sie veranlasst

oft Sondersitzungen der BV. Das ist das Recht jeder Fraktion. Die AfD ist aber die erste, die es geschafft hat, zu der von ihr veranlassten Sitzung selbst nicht zu erscheinen.

Klaus Roth

Mülheim

Umsetzung Fahrradinfrastruktur sabotiert

In der Sitzung der Bezirksvertretung (BV) am 4. März lag die Beschlussvorlage für das Fahrradstraßenkonzept Mülheim ein zweites Mal vor. Sie wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP abgelehnt. Stattdessen wurde ein Änderungsantrag beschlossen, der vorsieht jede noch so kleine Einzelmaßnahme der BV vorzulegen und eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

immer wieder kritisch an, dass der Runde Tisch Radverkehr kein Beschlussgremium ist, was allen Beteiligten natürlich bewusst ist. Als vorgeschaltete Gesprächs- und Beratungsrunde für alle Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen können fahrradpolitische Themen dort ausführlich diskutiert und beraten werden, so dass es am Ende eines Termins durchaus eine Empfehlung geben kann.

Die Verwaltung wies am 21.11.2023 darauf hin, dass eine Zustimmung der Beschlussvorlage wichtig für die weitere Planung und den Ausbau der Fahrradinfrastruktur im Bezirk Mülheim ist. Man könne davon ausgehen, dass ohnehin nur 2-3 Fahrradstraßen pro Jahr umgesetzt werden würden. Personelle Engpässe gäbe es auch im Amt für Mobilität und man wäre ja auch für die anderen Bezirke Kölns zuständig.

Es ist wahrhaft traurig und



Foto: Hans auf Pixabay

Die Vorlage war bereits Ende Januar auf Wunsch der CDU wegen Beratungsbedarf vertagt worden. Dabei hatten Vertreter*innen der Verwaltung, der Bezirksvertretung und von Verkehrsverbänden wie ADFC und VCD schon im November 2023 die Möglichkeit, die Thematik beim Runden Tisch Radverkehr zu beraten. In diesem Gremium zum Austausch über Planungen von Fahrradwegen glänzt die Fraktion der CDU weitestgehend durch Abwesenheit. Sie merkt aber

gleichzeitig empörend, dass trotz der enorm gestiegenen Anzahl von Fahrradfahrenden und der Erforderlichkeit, die Mobilitätswende auch durch eine attraktive und sichere Fahrradinfrastruktur zu unterstützen, die Autolobby noch immer so viel Einfluss hat und für derlei Verzögerungen bzw. Stillstand sorgt.

Beate Hane-Knoll

Kampagne gegen Architektur der Verachtung

<https://ausgrenzende-architektur-koeln.de/>

2023 erschien in deutscher Übersetzung Mickaël Labbé's Buch „Platz nehmen. Gegen eine Architektur der Verachtung“. Labbé ist Direktor der Philosophischen Fakultät der Universität Straßburg. Sein Buch wurde aufmerksam wahrgenommen. So erschien etwa in der Kölner Stadtrevue eine Besprechung. Auch der Linksfraktion ist das Buch aufgefallen. Es hat uns zu einer Kampagne gegen eine Architektur der Verachtung angeregt, die am 8. April starten wird.

Labbé unternimmt in seinem Buch drei Streifzüge durch die Stadt:

Der erste Streifzug folgt Phänomenen, in denen sich die pathologische Entwicklung des städtischen Raums beispielhaft zeigt: Zeichen der Verachtung und Nichtanerkennung in einem krank gewordenen Raum.

Ein zweiter Streifzug ermöglicht es uns, den Gedanken des Rechts auf Stadt neu zu beleben: als Kampf um Anerkennung und Wiederaneignung unserer Alltagsräume.

Der dritte Streifzug untersucht kritisch, wie die Architektur als Disziplin zu einer erklärtermaßen ethischen und sozialen Stadtentwicklung beitragen könnte.

Die „Camden Bench“ ist für ihn das paradigmatische Beispiel für ein ganzes Arsenal obdachlosenfeindlichen Mobiliars. Als unschuldiger ar-



Veranstaltung

gelesen ... Bücher über linke Stadtpolitik:

Mickaël Labbé: Platz nehmen. Gegen eine Architektur der Verachtung

Freitag, 26. April, 18:00 Uhr
(Ort steht noch nicht fest. Bitte Internetseite beachten.)

chitektonischer Entwurf kaschiert, drücke diese Bank tatsächlich Verachtung aus. Sie hindere Menschen daran, sich zu setzen, sich zu legen, sich auszuruhen. Sie signalisiere Obdachlosen, Jugendlichen oder Drogenkonsumierenden, dass sie nicht willkommen sind.

Dabei werden Probleme durch diese Möbel nicht gelöst, sondern nur aus dem Blickfeld verdrängt. In der heutigen Gesellschaft sollen die Schwächsten unsichtbar gemacht werden.

Dem gleichen Ziel diene der Einsatz von Überwachungskameras oder die verstärkte Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum. Der Gipfel seien dann gated communities, in denen der Raum der Öffentlichkeit gänzlich entzogen wird.

Was durch solche Maßnahmen verloren gehe, sei die Erfahrung von Stadt: Der Möglichkeit einer Konfrontation mit der Vielfalt von Lebensweisen, und die Notwendigkeit, mit Menschen auszukommen, die anders sind als man selbst.

Dem stellt Labbé mit Verweis auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre das Recht auf Aneignung des städtischen Territoriums, auf ein erneuertes Recht auf Stadt entgegen. In Zeiten wie heute sei es notwendig, die Stadt anders zu denken: dem Individualismus, der Vereinzelung und der Zerschlagung kollektiver Selbstorganisation stellt er das Bedürfnis, die Räume unseres Lebens selbst zu gestalten, entgegen.

Die Durchsetzung dieses „Utopi-

Die Ziele unserer Kampagne:

Wir wollen für eine Architektur und Stadtgestaltung sensibilisieren, die ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzt, sie unsichtbar machen will.

Wir werben demgegenüber für eine offene und einladende Architektur und Stadtgestaltung, für öffentliche Räume, für ein „Recht auf Stadt“ für alle.

Wir ermuntern und unterstützen Menschen dabei, sich ihre Stadt wieder anzueignen.

Beteiligt euch: Schickt uns Fotos

Auf einer eigens für diese Kampagne eingerichteten Internetseite informieren wir über unsere Veranstaltungen, Diskussionen und Forderungen. Vor allem aber veröffentlichen wir hier Fotos von Beispielen einer Architektur der Verachtung, die ihr uns schickt. Solche Beispiele könnten sein:

- Mobiliar, das so gestaltet ist, dass man sich nicht hinlegen kann, sich nicht einmal setzen kann;
- Steine, Poller, etc., die verhindern, dass Menschen sich unter Dächern aufhalten können;
- Zäune, Hecken, etc., die Menschen am Betreten von Flächen hindern sollen;
- monumentale Bauwerke, die Menschen ‚klein‘ machen.

Wir laden dann zu einem Rundgang zu ausgewählten Beispielen ein.

Aus den Meldungen und den Erfahrungen des Rundgangs werden wir Anfragen und Anträge in Ratsgremien erarbeiten.

schen Begehrens“ erfordere Handlungs- und Durchsetzungsmacht der „gewöhnlichen Bürger“.

Gerne schließen wir uns seinem Plädoyer für jene banalen, gewöhnlichen, nicht immer perfekten und nicht besonders aufregenden Alltagsorte an. Ziel ist es nicht, die Straßen und Plätze für die Tourist*innen herauszuputzen. Es geht um das gewöhnliche Leben der Anwohner*innen und Besucher*innen. Für Labbé ist das der unscheinbare, ja ein wenig hässliche Marktplatz in Neudorf (Straßburg). In Köln wären das vielleicht der Platz an der Kalker Post oder der Platz der Kulturen in Finkenbergr.

Mickaël Labbé: Platz nehmen. Gegen eine Architektur der Verachtung

Edition Nautilus, Hamburg, 2023, 208 Seiten, 20 Euro

Fotos hier: Mickaël Labbé: Platz nehmen. Gegen eine Architektur der Verachtung | EDITION NAUTILUS (edition-nautilus.de)



Bild ober: Aktion von den Kolleginnen und Kollegen bei Deutz, Art. 1 GG (Menschenwürde)

Bild Mitte: Aktion der Kolleginnen und Kollegen von Leybold, Respekt

Bild unten: Ford Köln

Demokratie schützen

Donnerstag 21. März 2024:



#15vor12

#15vor12FürMenschenwürde

Ein Erfolg!

Die #15vor12 Aktionen in den Betrieben waren ein großer Erfolg. Bei Ford, Deutz und Leybold haben sich insgesamt mehrere tausend Menschen an Aktionen und Diskussionen beteiligt, die wir mit keiner Demonstration oder Kundgebung bisher erreicht hatten.

Die Mobilisierung für diese Aktionsform, die auch eine befristete Produktions- und Arbeitsunterbrechung beinhaltete, war dort besonders erfolgreich, wo sich Betriebsräte und Gewerkschaften dafür engagierten, und die Geschäftsleitungen die Aktion unterstützten. Dies gilt auch für viele betriebliche Einrichtungen der großen Sozialverbände.

Dabei wurden auch moderne Kommunikationsformen, wie YouTube Konferenzen und Webex/Zoom/Teams-Konferenzen genutzt und eingesetzt.

In vielen kleineren Betrieben und Verwaltungen fanden auch niederschwelligere Aktionsformen an diesem Tag statt: z. B. Bildaktionen während Betriebsversammlungen. Das Thema AfD/Rassismus wurde offensiver thematisiert als in den vergangenen Jahren.

Alle diese betrieblichen Aktionen wurden in den Aufrufen mit unserer KSSQ-Aktion #15vor12 verbunden. Der Aktionsaufruf hatte eine initiierende Wirkung und die Setzung eines einheitlichen Datums (21. März als internationaler Tag gegen Rassismus) und einer einheitlichen Uhrzeit (11.45-12.00 Uhr) gaben allen Beteiligten – auch bei kleineren Betrieben – das ermutigende Gefühl, Teil einer größeren Bewegung an diesem Tag zu sein.

Ein besonders großer Erfolg war auch die Bewegung an den Schulen in Köln-Ehrenfeld (21 Schulen demonstrierten zum Bezirksrathaus, Schülerinnen hielten Statements), Köln-Mülheim und Innenstadt. Initi-

atoren waren gleichermaßen Schülervertretungen wie Lehrer. Die Hochschulen fielen wegen der Semesterferien aus. Initiativreich waren auch die Aktionen der Kulturinstitutionen (Gürzenich-Orchester, Comedia, Klubkomm, IG Gastro etc.), die mit ihrem Streik nicht nur die Mitarbeitenden, sondern auch die Zuhörenden und Kunden erreichten. Symbolische Aktionen der Sportvereine können ergänzend genannt werden. Deren Aktionszeiten am späten Nachmittag/Abend waren mit unserer #15vor12 Aktionsform nicht massenwirksam umzusetzen.

Das Konzept der Sternmärsche und Abschlussskundgebung kann nur in sehr engen Grenzen als Erfolg verzeichnet werden. So positiv die Abschlussskundgebung von allen Beteiligten inhaltlich und emotional bewertet wurde, so enttäuscht reagierten doch Medien wie Beteiligte auf die insgesamt geringe Teilnehmeranzahl.

Witich Roßmann,
Köln stellt sich quer



Europapolitik ist Kommunalpolitik

Die Europawahl 2024 naht mit großen Schritten – und die Demokratien in der Europäischen Union werden von antieuropäischen, populistischen und rechtsextremen Parteien herausgefordert. Auch wenn die ganze Welt immer näher zusammenrückt, und junge Menschen so mobil und europaweit vernetzt sind wie noch nie: die rechtsextremen und nationalistischen Europafeinde sitzen im Europäischen Parlament. Es ist wichtiger denn je, für die Zukunft des europäischen Projekts zu werben. Deswegen beteiligte sich die Linke an einem gemeinsamen Antrag auf der letzten Ratssitzung.

Die Kommunen sind ein wichtiger Baustein des europäischen Gebäudes. In den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft sind es die Städtepartnerschaften, die den Bürgern die Vision eines friedlichen Europas näherbringen. Die Städtepartnerschaften sind ein Erfolg, weil sie auch von Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, die sich ehrenamtlich eingesetzt haben und es immer noch tun.

Die in Städtepartnerschaften unmittelbar erlebbaren Vorzüge von

Demokratie und Vernetzung müssen sich aber auch in der Politik der EU niederschlagen. Sie muss sozialer, ihre Gremien demokratischer werden.

Die Kommunen sind zunehmend von der EU-Rechtsetzung betroffen und für deren Umsetzung zuständig. Heute geht man davon aus, dass zwei Drittel der auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen und Regelungen die Kommunen direkt oder indirekt betreffen. Europapolitik ist in diesem Sinne über weite Strecken Kommunalpolitik. Insofern ist es nur richtig, sich als Kommunalpolitiker*innen in den entsprechenden Gremien zu engagieren.

Dieses Engagement zahlt sich auf vielen Ebenen aus. Die wichtigste Ebene ist die Demokratisierung. Die europaweiten Netzwerke können dazu beitragen, die Demokratisierung auf lokaler und europäischer Ebene zu fördern. Durch den Austausch von Informationen, Best Practices und gemeinsamen Projekten können Kommunen über ihre Vertreter*innen

besser in die europäische Politik eingebunden werden. Zugleich werden auch die Bürger*innen näher an die politischen Entscheidungsprozesse herangeführt.

Allerdings bedarf die weitergehende Vernetzung von Ratsmitgliedern auch bessere Strukturen und Ressourcen. Vergessen wir bitte nicht, dass sich Kommunalpolitiker*innen in der Regel ehrenamtlich einbringen. Die meisten von uns haben neben ihrer Ratstätigkeit einen Vollzeitjob. Zusätzliche Aufgaben brauchen auch zusätzliche Unterstützung. Ohne zusätzliche Strukturen für die Wahrnehmung der zusätzlichen Aufgaben wird es nicht gehen.

Güldane Tokyürek



Foto: Nico Franz auf Pixabay

Mehr Kapazität, Zeit und Geld sparen

Im Frühsommer soll der Rat darüber entscheiden, ob die KVB auf der Ost-West-Achse zwischen Heumarkt und Aachener Weiher oben ausgebaut werden soll oder in einen Tunnel verlegt wird. Die Linke beantragte die Prüfung einer weiteren Variante mit der Beibehaltung von 60 m Zügen oberirdisch, die viele Vorteile hat.

Beide Varianten, ob oben oder unten, sehen auf der Linie 1 verlängerte Züge vor, um die Kapazität zu erhöhen. Dabei wird immer von einer Kapazitätserhöhung von 50 Prozent gesprochen. Das stimmt aber nicht, weil die 90 Meter langen Züge nur auf der Linie 1 möglich sind. Bei den Linien 7 und 9 bleibt es bei 60 Metern und somit bei der herkömmlichen Kapazität.

In unserem Vorschlag bleibt es bei 60 Meter Bahnen. Die Haltestellen Neumarkt und Heumarkt erhalten je Fahrtrichtung versetz-

te Mittelbahnsteige mit jeweils zwei Haltegleisen. Damit können doppelt so viele Bahnsteigkanten die Passagiere während des Umstiegs aufnehmen.

Am Neumarkt bleibt der Haltepunkt für die Fahrtrichtung Westen am jetzigen Standort, und er erhält ein Umgehungsgleis für die Fahrtrichtung Ost. Das ist im Übrigen auch eine Variante der Verwaltung.

Das gleiche Prinzip gilt auch für den Heumarkt. Dazu hat die Verwaltung keine Planung vorgelegt, weil versetzte Mittelbahnsteige dort für 90 Meter Bahnen aus Platzgründen nicht zu realisieren sind. Die richtige Antwort ist aber nicht der Verzicht auf versetzte Mittelbahnsteige, sondern die Beibehaltung der 60 Meter Bahn. Ansonsten bleibt der Heumarkt dauerhaft ein Nadelöhr.

Durch die Verdoppelung von Bahnsteigkanten und der Umfahrgleise sparen wir jede Menge

Zeit in der Abfertigung an den Haltestellen. Die gewonnene Zeit nutzen wir zur Taktverdichtung. Künftig können auf dem Nadelöhr zwischen Deutzer Brücke und Neumarkt in einer Fahrtrichtung pro Stunde 20 statt 12 Züge auf der Linie 1 fahren, und 8 statt 6 auf der Linie 7. Das bedeutet eine Kapazitätserhöhung um insgesamt 33 %, 20 % mehr als die des Langzugkonzeptes.

Mit diesem Konzept sparen wir jede Menge Zeit und Geld. Denn wir brauchen dann keine Bahnsteigverlängerungen in den Außenbereichen, an 34 Haltestellen. Die Umbauten am Neumarkt und Heumarkt halten sich in Grenzen.

Oben Bleiben mit 60 Meter Bahnen heißt also: Kapazität erhöhen, Geld und Zeit sparen. Trotz dieser guten Argumente hat außer der Linken nur die Gruppe Klimafreunde & Gut für unseren Antrag gestimmt.

Michael Weisenstein

TERMINE

Mo., 15. April

Wohnungskrise und Obdachlosigkeit beenden! „Köln konnte es - und kann es heute noch“, Hearing mit Dr. Gerhart Baum (Bundesminister aD.), Franz-Xaver Corneth (Mieterverein), Monika Scholz (Johanneshaus), Kathrin Möller (GAG Immobilien) u.a. Wohnungsnot und Obdachlosigkeit – gab es auch zu Beginn der 70er Jahre. Anders als heute beschloss der Rat der Stadt 1971 in einem bereiten Bündnis dagegen vorzugehen – und schuf in wenigen Jahren 20.000 preiswerte Wohnung. Die Initiator:innen der Veranstaltung sagen, dies sei auch heute möglich und stellen ihre Resolution vor. 18.30 Uhr, Karl Rahner Akademie, Jabachstr. 4-8, 50676 Köln

Di., 16. April

Neue Räume schaffen Beziehungen. Drei innovative städtebauliche Kulturprojekte, mit Chris Sigaloff (Projektleiterin Openbare Bibliotheek Amsterdam), Anke Büttner (Leiterin der Monacensia München) und Ellen van Loon (Architektin, Rotterdam), Mod.: Jürgen Keimer (hdak), 19 Uhr, Eine Stunde Baukultur, Eintritt frei, Haus der Architektur Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

Do., 18. April

Die EU-Wahlen 2024: Desinformation, Wahrheiten, Beeinflussung? Panel u.a. mit Correctiv.Faktencheck, Anmeldung: <https://vhs-koeln.de>, Demokratie, wir ziehen dich warm an! 19 Uhr, FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Fr., 19. April

Wie verändert ein Grundeinkommen unsere Gesellschaft? Impulsfilm und Diskussion zum bedingungslosen

Grundeinkommen, gemeinsam vertiefen und erarbeiten, wie es konkret funktioniert, Workshop mit Dirk Schumacher, Informatiker und langjähriger BGE-Aktivist, Freitag und Samstag, Info: <https://www.fbw-rheinland.de> Freier Eintritt, 18 bis 21 Uhr, Freies Bildungswerk Rheinland, Luxemburger Straße 190, 50937 Köln

Di., 23. April

Das Allerweltshaus ist voller Menschen mit spannenden Geschichten. Diesmal laden wir euch herzlich ein, sich beim nächsten Erzählcafé von Worian Ahmadi inspirieren zu lassen. Er wird uns einen Einblick in seine bewegende Lebensgeschichte geben, die geprägt ist von Mut, Engagement und einer starken Verbundenheit zur Pflege und Menschlichkeit. Ursprünglich aus dem Iran stammend, trotzte Ahmadi den drohenden Schatten des Todesurteils und wagte eine mutige Flucht, die ihn schließlich nach Köln führte. 19 Uhr, Allerweltshaus, Geisselstraße 3-5, Ehrenfeld.

Do., 25. April

Kulturretter:innen. Ausstellungseröffnung mit musikalischer Begleitung von Emanuel Meshvinski, Konzeption/Produktion: Kooperative Berlin Kulturproduktion KBK e. V., Info: <https://nsdok.de> 19 Uhr, NS-Dok. im El-De-Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

Di., 30. April

Arbeitnehmerempfang im Rathaus. 18

Uhr, Historisches Rathaus.

Mo., 13. Mai

Die Debatte um „politische Neutralität“ der (politischen) Bildung – Welche Unabhängigkeit braucht Bildung in einer demokratischen Gesellschaft? Online von, 18-20 Uhr, Anmeldung unter gk.bildungspolitik@rosalux.org Prof.in Dr.in Gudrun Hentges / Prof.in Dr.in Bettina Lösch

Do., 16. Mai

Sitzung des Rates der Stadt Köln. Live oder im Livestream ab 15.30 Uhr.

Gedenkveranstaltung für Roma und Sinti in Ehrenfeld. Mit Markus Reinard, Josef-Wirges und Rolli Brings. 18 Uhr, Matthias-Brüggen-Str. /Ecke Venloer Str.

Di., 28. Mai

Europawahl 2024 - Zukunft Zuwanderung. Veranstaltung von Köln zeigt Haltung mit Claudia Walther, SPD, Jörg Detjen, Die Linke, Rebekka Müller, Volt. Vertreter:in von CDU, Grüne und FDP sind angefragt. Moderation Uli Kreikebaum.

Politische Verfolgung, Krieg, Armut oder der Wunsch nach Familienzusammenführung sind nur einige der Gründe für die aktuellen Fluchtbewegungen. Migration und Einwanderung wird auch für Europa eine Wirklichkeit bleiben, die einer Ausgestaltung bedarf. Politik und Gesellschaft müssen grundsätzliche Antworten auf die Fragen nach Migration und Integration finden. Das Gemein-

same Europäische Asylsystem (GEAS) zeigt, dass wichtige Grundsatzentscheidungen in Brüssel und Straßburg getroffen werden. Deswegen haben wir vor der Europawahl 2024 Politikerinnen und Politiker eingeladen, Auskunft zu geben. Mit welchen Zielen und

FRAKTIONS-TERMINE

Mo, 15. April, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Do, 18. April, 18.00 Uhr
AK Verkehr

Do, 18. Februar, 19.00 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 22. April, 19.30 Uhr
AK Gesundheit + Inklusion Ausschussvorbereitung

Do, 25. April, 18.00 Uhr
AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen

Do, 25. April, 18.15 Uhr
AK Kunst, Kultur + Medien

Di, 30. April, 18.15 Uhr
AK Frauen

Do, 2. Mai, 19:00 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 13. Mai, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Do, 23. Mai, 18.15 Uhr
AK Kunst, Kultur + Medien

Mo, 27. Mai, 19.30 Uhr
AK Gesundheit + Inklusion

Fr, 31. Mai, 16.00 Uhr
AK Soziales und Integration

Visionen stellen sie sich den migrationspolitischen Herausforderungen? Was sind in ihren Augen die nächsten konkreten Schritte für ein zukunftsfähige Einwanderungspolitik? 19 Uhr. Karl-Rahner-Akademie.

Sa., 1. Juni

Kundgebung von Arsch Huh und Köln stellt sich quer: Für Demokratie – Demokratie schützen. 14 Uhr



Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de
V.i.S.d.P. Michael Weisenstein



Singen macht Spaß. Linke Lieder singen macht noch mehr Spaß. Linke Lieder zusammen mit anderen Linken zu singen macht unübertrefflichen Singespaß.

Wir singen Lieder der europäischen Arbeiter*innenbewegung, Anti-Kriegslieder, Widerstandslieder von der „Internationalen“ bis zu „The Red Flag“, von „Die Arbeiter von Wien“ bis „Bella Ciao“.

Wir freuen uns über Vorschläge und singen ganz bestimmt auch dein Lieblingslied.

Sei bei unseren Proben dabei (dazu Mail an andrea.kostolnik@stadt-koeln.de schicken und du wirst eingeladen) oder komm direkt an unserem Liederabend ins **Naturfreundehaus Kalk**.

Du musst weder singen noch Noten lesen können, um bei uns mitzumachen.

„Reih dich ein in die Arbeiter*inneneinheitsfront!“
Wir freuen uns auf dich!

Vom 25. bis zum 27. März streikten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesanzeigers in Köln für einen Haustarif.

Aus der Rede von Jörg Detjen:

„Ihr leistet eine wichtige und gute Arbeit. Sie ist aber nicht nur wichtig und gut, sie ist auch eine „hoheitliche Aufgabe“. Sie sollte vom Staat erledigt werden. Der hat sie aber an ein privates Unternehmen delegiert.

Hoheitliche Aufgaben stehen in einer besonderen Verantwortung. Sie fallen unter das Tariftreuegesetz. Dieses Gesetz gilt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, was 85 Prozent aller Aufträge im Bundesanzeiger ausmacht. Die Tariftreue müsste beim Bundesanzeiger eigentlich doppelt wirksam sein: Einmal im Vertrag zwischen Deutschland und dem Bundesanzeiger und einmal bei Aufträgen an private Unternehmen ab einem Auftragsvolumen von 25.000 Euro.

Meine Fraktion Die Linke hat also sehr gute Gründe, euren Protest und eure Forderungen zu würdigen und zu unterstützen:

1. Wir brauchen eine neue Eingruppierungsordnung. Wir brauchen armutsfeste Löhne.
2. Leiharbeit muss deutlich reduziert werden. Eure Forderung nach einer Obergrenze von 25 Prozent ist vernünftig.
3. 8 % Lohnforderung liegt im normalen Rahmen anderer gewerkschaftlicher Forderungen. Lasst sie uns durchsetzen!
4. Der Bundesanzeiger-Verlag muss sich seiner Verantwortung als Träger hoheitlicher Aufgaben stellen und den Tarifvertrag anwenden. Seit mutig und klug: Mit Eurer Arbeit leistet ihr einen wichtigen Beitrag für eine demokratische und transparente Gesellschaft.“

